ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. - 25. Mai 2025

*Antragsteller*in:* *LAG Baden-Württemberg*

Tagesordnungspunkt: *TOP 8 Berichte der LAGen und AGen*

AP 2: Impulspapier zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auf der Basis von Diskussionen in den LAG-Sitzungen BW vom 22. März und 21. Mai 2025

Antragstext

Zusammenfassung und Hintergrund
Mit diesem Papier soll versucht werden, die sich vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kurzfristig stellenden existenziell wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen, so aufzubereiten, dass eine parteiinterne strukturierte Debatte möglich ist. Gleichzeitig soll es als Argumentationshilfe dienen, wenn uns vorgeworfen wird, dass wir traditionelle Grüne Positionen aufgegeben hätten. Dabei müssen wir neu definieren, wie wir uns als Partei des Friedens aufstellen wollen. Denn darum geht es uns: um den Frieden in Europa. Dabei muss unsere ur-grüne Überzeugung, dass zivile Konfliktbearbeitung eine wichtige Rolle in der Außenpolitik zu spielen hat, auf der Agenda bleiben.

Dieses Papier wird auf der LAG-Sitzung am 21. Mai 2025 verabschiedet. Es wird an die LGS und die BAG Frieden & Internationales weitergeleitet. Alle LAG-Teilnehmer sind außerdem aufgefordert, es in ihre Kreisverbände zu tragen und dort eine Diskussion zu beginnen. Denn die Positionierung der Partei in diesen zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sollte basisdemokratisch erfolgen.

Voraussetzungen
Bei der Erarbeitung des Papiers ging die Schreibgruppe von folgenden Voraussetzungen aus, die in der LAG-Sitzung vom 22. März 2025 als gegeben festgestellt wurden:

1. Äußere **Sicherheit** und somit der Schutz der freiheitlichen und liberalen Lebensweise und der sozialen und kulturellen Errungenschaften ist das

oberste Gebot eines Staates.

2. Angesichts des aggressiven Verhaltens Russlands und anderer Akteure, das hybride Kriegsführung einschließt, ist es zwingend **notwendig, uns resilient und verteidigungsfähig** zu machen, wenn wir unsere freiheitliche und liberale Lebensweise bewahren und ausbauen wollen.

3. Angesichts der Unzuverlässigkeit, was die bisherige Schutzmacht USA angeht, müssen sich Deutschland und Europa **autonom** militärisch verteidigen können.

4. Angesichts dieser neuen Bedrohungen wird es eines neuen **gesellschaftlichen Konsenses** bedürfen, was die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit angeht.

5. Neben dem Aufbau einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft in Deutschland, in enger Abstimmung innerhalb der NATO, der EU und mit gleichgesinnten Partnern in der Welt, muss es parallel immer wieder **Angebote zur Kooperation und Abrüstung** geben, auch im Verbund mit anderen Staaten, die kein Interesse an der Militarisierung der Welt haben: z.B. Indien, Japan, Australien.

6. Die Grundlage jeder Friedens- und Sicherheitsordnung muss das **Völkerrecht und die internationale Zusammenarbeit** sein.

Themen
Wir haben in diesem Zusammenhang sechs Themen identifiziert, zu denen wir uns positionieren müssen:

1. Verteidigungs- und Entwicklungsbudget
Wir können nicht für Frieden, Freiheit und Sicherheit sein und uns von anderen verteidigen lassen. Bei der Diskussion um die Verteilung der Ressourcen steht für uns fest, dass das Verteidigungsbudget **nicht zu Lasten des sozialen Zusammenhalts** erhöht werden darf, da dieser ein unabdingbarer Bestandteil unseres demokratischen Systems ist.

Neben der Höhe des Verteidigungsbudgets in Prozent des BIP geht es auch um Mittel für **zivile Verteidigung und den Zivilschutz**.

- Weitere Themen: Inwieweit soll die Rüstungsindustrie zum Verteidigungsbudget beitragen (Abschöpfung von Übergewinnen)?

- Soll der Bedarf für Verteidigung nur anhand dessen ermittelt werden, was

zur glaubhaften Verteidigung innerhalb der NATO notwendig ist, oder auch darüber hinaus, z.B. für internationale Einsätze außerhalb der NATO?

- In welchen Zeiträumen soll der Aufwuchs der Mittel für Verteidigung und Resilienz erfolgen?

- Wie können wir die Arbeit des BMZ stärken und die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit entsprechend der Vorgaben des 0,7 % OPA Zieles erhöhen?

2. Dienst an der Gesellschaft

Jeder verpflichtende Dienst an der Gesellschaft stellt einen erheblichen Eingriff in die persönliche Freiheit dar und muss sehr gut begründet sein. Dabei sind folgende Leitplanken unverrückbar: **Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit (auch Generationengerechtigkeit)**, das heißt Verpflichtungen würden für jeden deutschen Staatsbürger gleich welchen Geschlechts gelten, gleichgültig ob der Dienst in Form eines Wehrdienstes oder Wehrersatzdienstes/Zivildienstes geleistet wird.

Für soziale Einrichtungen könnten sich Vorteile ergeben, da junge Leute an diese Einrichtungen herangeführt werden.

Bei einem Pflichtjahr für alle ergibt sich eine soziale und kulturelle Durchmischung, die zum gesellschaftlichen Zusammenhang beiträgt.

Die Länge des Dienstes soll so ausgerichtet sein, dass eine Nutzung der erlernten Fähigkeiten auch langfristig gewährleistet ist und bedarf einer gesellschaftlichen Diskussion, die junge Menschen einbeziehen und zeitnah zu einer Entscheidung kommen muss.

Bei einem **allgemeinen Dienst für die Gesellschaft** muss sich jede(r) fragen, wo und wie sie/er zur Verteidigung der Demokratie und zum Wohlergehen des Staates beitragen kann.

Die Diskussion um einen Wehrdienst und ein Pflichtjahr dürfen nicht davon ablenken, dass vor allem die zivilgesellschaftliche Jugendarbeit insbesondere die Freiwilligendienste gefördert werden muss. Viele junge Menschen engagieren sich auch heute bereits und wollen dies auch verstärkt tun. Dafür wird aber eine **gute und ausreichende finanzielle Ausstattung der Freiwilligendienste** benötigt. Die heutigen Angebote eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres bewegen sich weit unter der Bezahlung des Mindestlohns. Dies führt zum einen dazu, dass die soziale Spaltung bei jungen Menschen zunimmt. Zum anderen sollten junge Menschen nicht als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Der Wehrdienst und das Pflichtjahr müssen daher finanziell ausreichend ausgestattet sein. Alle müssen in diesem System die Möglichkeit erhalten, genau den Dienst zu erfüllen, der sie in ihrer persönlichen Lebensführung weiterbringt. Ob es sich dabei um eine soziale, kulturelle oder ökologische Alternative handelt, muss in der eigenen Entscheidung liegen.

Was den **Wehrdienst** angeht, so sind die derzeit vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen nicht ausreichend. Dies bedeutet, dass die Anzahl der Wehrdienstleistenden vom Bedarf der Bundeswehr, von dessen Möglichkeiten zur Umsetzung der Wehrpflicht, aber auch vor allem von den individuellen Entscheidungen der Dienstpflichtigen abhängt. Dies kann zu einem Zielkonflikt führen, wenn sich nicht genügend Menschen für den Wehrdienst entscheiden.

- Wie stehen wir zum “schwedischen Modell”: Erfassung aller jungen Männer, aber Einberufung nur, wenn es nicht genügend Freiwillige gibt?

- Wie steht es um eine Reserve und deren ausreichende finanzielle und materielle Ausstattung?

- Wie können wir die Finanzierung eines attraktiven Freiwilligendienst in der Gesellschaft umsetzen und sie gleichberechtigt zum Militärdienst gestalten (Freifahrkarte während des Dienstes, angemessenes Taschengeld, Förderung der Unterkunft während des Dienstes etc.)?

3. Militärische Unterstützung der Ukraine

Oberste Richtschnur für uns: wir unterstützen die Ukraine, um sie zu befähigen, ihre Bevölkerung zu schützen und Verhandlungen auf Augenhöhe zu führen, damit ein dauerhafter Frieden entsteht. Nicht die Frage wer den Krieg gewinnt, steht im Mittelpunkt, sondern dass die Ukraine ein unabhängiger Staat bleibt. Wir entscheiden keinesfalls über die Köpfe der Ukrainer hinweg. Wir überlassen es der Ukraine zu definieren, wann eine Verhandlungslösung zufriedenstellend ist

- Schließt diese Unterstützung Waffensysteme zu Land und in der Luft ein, die weit in russisches Territorium vordringen können?

- Oder wäre dies zu gefährlich als Provokation von Russland (Hängen Entscheidungen Putins überhaupt davon ab, was wir tun oder nicht tun?)? Ist die Sanktionspolitik in der derzeitigen Form erfolgversprechend?

4. Sicherheitsgarantien für die Ukraine

- Soll Deutschland sich an einer Sicherheitsgarantie und evtl. einer Friedensmission beteiligen und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

- Gibt es bei Abgabe einer Sicherheitsgarantie einen Automatismus beim Eingreifen, wenn RUS wieder attackieren sollte? Oder geben wir eine Garantie ohne diesen Automatismus? Was wäre diese Garantie wert (siehe Budapester Memorandum)?

- Soll sich Deutschland an einer Friedensmission nur dann beteiligen, wenn sie auf einer Verhandlungslösung beruht bzw. international abgesichert ist (VN-SR-Beschluss oder “Koalition der Willigen”)?

5. Soll der Nukleare Schutz von Frankreich und Großbritannien kommen?
Wenn sich Deutschland entscheidet sich unter einen (neuen) gemeinsamen nuklearen Schutzschirm zu begeben (nach Ausfall des US-Schutzschirms oder in dessen Ergänzung), benötigt dies eine entsprechende tiefgreifende Diskussion mit weiteren ähnlich interessierten Staaten. Hier müsste gemeinsam die Ausgestaltung eines solchen Schutzschirms entschieden und umgesetzt werden.

- Wie könnte eine solche Ausgestaltung aussehen?

- Was geschieht, wenn sich bei dieser Schutzmacht die innenpolitische Lage so verändert, dass sie sich zurückzieht (z.B. Frankreich bei einer Regierung der Rechten)?

- Sollen wir eine aktive Teilhabe anstreben, einschließlich einer Stationierung auf deutschem Territorium? Würde ein solcher gemeinsamer europäischer Schutzschirm die Verhandlungsmacht der EU stärken oder die EU schwächen?

Eine solche Kooperation mit anderen Staaten darf uns jedoch nicht davon abhalten, uns für vertragliche Regelungen zur Abrüstung und den Atomwaffensperrvertrag einzusetzen.

6. Verteidigung auf Europäischer Ebene.
Sollten wir langfristig an europäischen Streitkräften arbeiten, einschließlich eines gemeinsamen Führungskommandos? Denn zusammengenommen geben alle Länder der EU mehr Geld für Rüstung aus als viele andere Staaten, ohne dass dies zu einer effektiven Verteidigung führt. Auch wenn tatsächlich europäische Streitkräfte eher in fernerer Zukunft liegt, sollten gemeinsame europäische Verteidigungsprojekte (wie zB PESCO) bereits jetzt ausgebaut und insbesondere auf die Kompatibilität der europäischen Armeen geachtet werden. Der Luftverteidigung ist dabei besonderes Gewicht zu geben.

- Könnte man im Rüstungsbereich mit einer Koalition der Willigen (wie bei Schengen und EURO) bei Rüstungsbeschaffung und Standardisierung

voranschreiten?

- Wollen wir einen gemeinsamen Europäischen Nachrichtendienst?
- Wie gehen wir mit zentrifugalen Kräften um bzw. mit Regierungen, die unsere Werte nicht teilen?
- Wären gemeinsame europäische Schulden für die Verteidigungsfähigkeit mit uns zu machen? Wichtiger erster Schritt wäre es, gemeinsam die Lücke in der Hochtechnologie zu schließen, die Europa im Vergleich zu USA, CHN und RUS hat.
- Wie steht es dabei um dual-use-Güter, der Wissenschaftsfreiheit, der Forschung bei internationaler Zusammenarbeit und einer ausreichenden Finanzierung der zivilen Forschung?

Ausblick: Chancen einer zukünftigen Friedenspolitik
Wir dürfen die Notwendigkeit und Chancen einer europäischen Friedenspolitik nicht aus den Augen verlieren, trotz der aktuellen Bedrohungslage. Im Kontext mit den europäischen Partnern und der Stärkung der UN-Strukturen wollen sich die Grünen weiterhin für eine umfassende Friedenspolitik einsetzen und die Weichen stellen für eine zukünftige europäische und weltweite Friedensordnung.

Wie muss eine Reform und Stärkung der UN-Strukturen aussehen, um eine nachhaltige Entwicklung und Frieden auf der Welt zu gewährleisten? Wie kann der Sicherheitsrat reformiert werden (Beendigung der Veto-Strukuren, Einbeziehung aller Staaten)? Wie können zivile Strukturen gestärkt werden?

Wie kann Entwicklungspolitik als Instrument zum Friedenserhalt ausgebaut werden? Wie kann das Ziel der 0,7 % - ODA Quote politisch erreicht werden? Wie kann der Zivile Friedensdienst als Programm der Friedensstärkung weiter bekannt und ausgebaut werden?

Weltweit sind zivilgesellschaftliche Initiativen für Menschenrechte und Demokratie in Bedrängnis. Wie können wir Organisationen stärken, Kooperationen fördern und Zivilgesellschaft als Teil von Friedensverhandlungen einbringen? Wie kann die Leitlinie zur zivilen Konfliktbearbeitung der Bundesregierung und der Vorrang ziviler Mittel bei der Krisenvorbeugung und -bewältigung in Krisenzeiten umgesetzt werden? Wie können wir von einer „Kriegstüchtigkeit“ zu einer „Friedenstüchtigkeit“ kommen und den Anspruch einer „Politik der Gewaltfreiheit“ (Grundsatzprogramm der Grünen) weiterhin umsetzen?

Begründung

Es handelt sich um keinen Antrag sondern ein Impulspapier für die weitere Diskussion.